

Jürgen John

Über die Aussagekraft regionaler SMA-Akten für die SBZ-Forschung

Das Fallbeispiel der „Ära Paul“ in Thüringen 1945 bis 1947

1. Besatzungsherrschaft auf Landesebene als Forschungsproblem

Die Feststellung Jan Foitziks aus dem Jahr 2003, man wisse über das Handeln der sowjetischen Landes-Militäradministrationen „wenig Konkretes“¹, trifft noch immer zu. Zwar hat sich seitdem die Forschungslandschaft gewandelt, und man weiß nun deutlich mehr über den Aufbau der Militäradministrationen in den Ländern. Die im SMAD-Handbuch² knapp porträtierte Struktur und Geschichte der fünf Landes-Militäradministrationen ist aber bislang insgesamt nur unzureichend mit Erkenntnissen über das Zusammenwirken deutscher und sowjetischer Stellen in den Ländern und Provinzen der SBZ angereichert worden. Der Erkenntnisfortschritt stellt sich überdies regional sehr unterschiedlich dar³. Für Thüringen etwa ist die SMA nur grob skizziert⁴ und noch nicht auf der Grundlage des nun im Bundesarchiv zugänglichen Aktenbestands systematisch untersucht worden.

Immerhin mehren sich die Zweifel an der Vermutung, der Handlungs- und Entscheidungsrahmen der Landes-Militäradministrationen sei äußerst gering gewesen, ja sie hätten sich besatzungs- und ordnungspolitisch darauf beschränkt, die Anordnungen der SMAD durchzusetzen, ohne selbst initiativ zu werden. Einschlägige Akten legen den Schluss nahe, dass die SMA für Thüringen (SMATh) nach einer Phase des Aufbaus 1945 vor allem 1946/47

¹ Jan Foitzik, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Aspekte ihrer Tätigkeit aus landeshistorischer Sicht, in: Detlev Brunner/Werner Müller/Andreas Röpcke (Hrsg.), Land – Zentrale – Besatzungsmacht. Landesverwaltung und Landesregierung in der Sowjetischen Besatzungszone, Frankfurt a. M. u. a. 2003, S. 171–186, hier S. 180.

² Vgl. Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. Redaktion: Jan Foitzik, München 2009, S. 478–563.

³ Vgl. den Beitrag von Detlev Brunner in diesem Band.

⁴ Vgl. Stefan Kreuzberger, Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen 1945–1949, Erfurt 1993; Dina N. Nochotowitsch, Thüringen, in: Möller/Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch, S. 557–563.

eine recht maßgebliche Rolle gegenüber den deutschen Verwaltungen in diesem Land spielte, bis sich die Szenerie dann mit der Zentralisierung der SBZ seit 1947/48 grundlegend änderte. Noch immer wird aber selbstbewusst-eigenständiges Handeln in den Landes-Besatzungsadministratio-
nen eher auf Willkür und persönliche Eitelkeiten bestimmter Generäle als auf besatzungspolitische Gestaltungsabsichten zurückgeführt. Man übersieht gern, dass die SMA keineswegs nur zentrale Anweisungen umsetzten, sondern auch regionale (eigene und deutsche) Interessen in Berlin-Karls-
horst zur Geltung brachten – oder das zumindest versuchten. Umgekehrt wurden ihren Steuerungs- und Kontrollansprüchen und ihrer vor allem im Wirtschaftssektor ausgeprägten Befehls- und Regulierungswut sicher nicht nur von Karls-
horst, sondern auch von den Realitäten der Besatzungsherrschaft vor Ort spezifische Grenzen gesetzt. Es ist dringend erforderlich, hier mehr Klarheit zu schaffen.

Die Rolle der Verwaltungschefs der Landes-Militäradministratio-
nen, zugleich Stellvertreter für Zivilangelegenheiten, genauer zu bestimmen, ist ein wichtiger Teil dieses Anliegens. Die Ansichten scheinen bunt durchein-
ander zu gehen, wie sich am Beispiel des Verwaltungschefs der SMATH zeigen lässt⁵. Die Urteile über Ivan S. Kolesničenko changieren von vergleichsweise liberal und problembewusst⁶ bis zu weithin bekannter „Despot“, der es mit seinem „Dirigismus besonders schlimm trieb“⁷. Diese Aussage wurde frei-
lich in völliger Unkenntnis relevanter Akten formuliert und ist eher eine Vermutung als ein empirisch fundiertes Urteil. Tatsächlich tritt uns Koles-
ničenko in den Akten als profilierter, entscheidungsfreudiger, im Rahmen seiner Möglichkeiten recht selbstbewusst agierender, deutscherseits weithin respektierter, jedenfalls nicht als despotisch wahrgenommener Besatzungs-
offizier entgegen, der seine Befugnisse ausgiebig nutzte. Er galt auch deshalb als der eigentlich starke Mann der SMATH, weil die SMATH-Chefs Wassili I.

⁵ Als biografisches Porträt vgl. Sebastian Schlegel, Zwischen zentralen Vorgaben und Pragmatismus. Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Sowjetischen Militär-
administration in Deutschland 1945–1949, Diss., Jena 2012, S. 171–216; hier fin-
den sich zwar neue Erkenntnisse über Kolesničenos sowjetischen Sozialisations-
hintergrund, aber wenig über seine Tätigkeit als Verwaltungschef der SMATH.

⁶ Vor allem bezogen auf sein Memorandum vom 29. 11. 1948 für einen Methoden-
wechsel in der Besatzungspolitik; auszugsweise abgedruckt in: Bernd Bonwetsch/
Gennadij Bordjugow/Norman M. Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ
1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informations-
verwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998, S. 183–198.

⁷ Petra Weber, Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in
Thüringen 1945–1961, München 2000, S. 51.

Čujkov (1945/46) und Iwan W. Boldin (1946–1949) landespolitisch kaum in Erscheinung traten. Kolesničenos mitunter widersprüchliches Verhalten dürfte weniger charakterlichen Schwächen als vielmehr den Widersprüchen und Konstellationswechseln sowjetischer Deutschland- und Besatzungspolitik geschuldet gewesen sein. Ein Buch- und Editionsprojekt zur Amtszeit und zur Flucht des Thüringer Ministerpräsidenten Rudolf Paul⁸ hat neue Erkenntnisse zur Relevanz regionaler SMA-Quellen für die landesgeschichtliche Forschung erbracht; diese seien im Folgenden zu einigen Gedanken, Eindrücken und Thesen zusammengefasst.

2. Landesgeschichtliche Forschungsbilanz

Die Geschichte der SBZ war – soweit es um deutsches Verwaltungshandeln ging – bis 1948 in erster Linie eine Geschichte ihrer Länder und Provinzen. Bis zu den Weichenstellungen 1947/48 mit der Gründung und Umbildung der Deutschen Wirtschaftskommission erfolgte deutsche Verwaltungs- und Regierungstätigkeit in einer noch relativ offenen Handlungssituation vor allem auf Landes- beziehungsweise Provinzialebene – freilich unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft nur in gleichsam delegierter Form. Die 1945 als Hilfsorgane für die SMAD gegründeten Deutschen Zentralverwaltungen tendierten zwar von Anfang an dazu, zoneneinheitlich-zentralisierend in Länderbelange einzugreifen. Bis Ende 1946 unterstützte die SMAD aber solche Tendenzen nur begrenzt. Mehrfach bremste sie. Erst 1947 erhielten die Zentralverwaltungen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet beträchtliche Vollmachten. Bis dahin waren sie keineswegs die maßgeblichen deutschen Handlungsträger, was sich auch in ihren nur mäßig aussagekräftigen Akten widerspiegelt⁹. Aus Ländersicht galten sie als „auto-

⁸ Das Buch wird mit einer umfangreichen Dokumentation auf CD-ROM 2015 im Böhlau Verlag erscheinen.

⁹ Vgl. dazu die Arbeiten von Wolfgang Merker: Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und ihr Archivgutverbleib, in: Archivmitteilungen 41 (1991), S. 151–156; Die Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947, Diss., Berlin 1980; Landes- und Zentralverwaltungen. Konstituierung und Ausrichtung der SBZ-Verwaltungsspitze durch die SMAD, in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wenker (Hrsg.), Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), München 1999, S. 93–107; Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 201–196. Eine Gesamtgeschichte der SBZ-Zentralverwaltungen auf neuer – auch die SMAD-Akten einschließender – empirischer Grundlage steht noch aus.

ritär-bürokratische Gebilde“¹⁰, denen die Gesetzgebungsbefugnisse der Landespräsidenten beziehungsweise der Landtage fehlten. Gebe man ihren Eingriffsabsichten nach, dann laufe die „in den dezentralisierten Selbstverwaltungen der Länder und Provinzen verkörperte Idee der Demokratie [...] Gefahr, durch eine zentral gesteuerte Bürokratie ersetzt zu werden“¹¹. Die Länder verlangten nicht nur, ihre Interessen zu berücksichtigen, sondern beanspruchten auch ihren „Anteil an der Gestaltung des Zonenwillens“¹². Trotz Zentralisierungsdruck erreichten sie das zumindest solange, bis der Weg in den Zonenstaat Konturen gewann und sie ihre Kompetenzen weitgehend einbüßten.

Zwar beeinflusste die SED als „Partei der Besatzungsmacht“ in tendenziell steigendem Maße deutsches Verwaltungshandeln auf Länder- und Zonenebene. Doch Landespolitik war mehr als nur ein Forum für SED-Politik und keineswegs nur ein Instrument kommunistischer Herrschaft und diktaturdurchsetzender Sowjetisierung. Die SED beanspruchte die führende Rolle auch in den Verwaltungen, oft sah es in der Realität aber ganz anders aus. Im Thüringen der „Ära Paul“ zum Beispiel klagte die SED-Landesleitung häufig, sie werde bei der Landespolitik und der Kooperation mit den Besatzungsinstanzen übergangen. In der Forschung zur Landespolitik in der SBZ, zu den Länderinstanzen und ihren Interaktionen mit der Besatzungsmacht ist das bislang zu wenig beachtet worden. Gewiss hat der Forschungsboom seit dem Ende der DDR auch für die Geschichte der SBZ einen beträchtlichen Erkenntniszuwachs gebracht. Systematisch aber sind die landespolitisch relevanten Tätigkeitsfelder deutschen Verwaltungshandelns nur in Einzelfällen untersucht worden. Ebenso blieben die jeweiligen Entscheidungen der SMA-Landesadministrationen und die konkreten Interaktionen deutscher und russischer Instanzen oft unberücksichtigt. Die Entstehung und Tätigkeit der fünf Landes- beziehungsweise Provinzialverwaltungen, ihre Kooperation mit Besatzungsbehörden, ihr schwieriges Verhältnis zu den – sowjetischerseits

¹⁰ So der Thüringer Justizminister Helmut Külz (LDP) in der Regierungssitzung am 7. 2. 1947, die einen gutachterlich gestützten Beschluss gegen die vorbereitete „Vereinbarung“ der Länder und Provinzen mit den wirtschaftlichen Zentralverwaltungen fasste, auf dessen Grundlage Thüringen am 10. 2. 1947 die Unterschrift verweigerte; ThHStAW, BMP, 460, Bl. 60.

¹¹ So der Thüringer Landespräsident Rudolf Paul (damals parteilos, seit 1946 SED) in einem Schreiben vom 29. 10. 1945 an den SMAD-Chef Žukov; ThHStAW, BMP, 1361, Bl. 13.

¹² So der Thüringer Wirtschaftsminister Georg Appell (SPD/SED) in der Regierungssitzung am 7. 2. 1947 – ThHStAW, BMP, 460, Bl. 60.

stark kontrollierten – Zentralverwaltungen und ihre Interzonenkontakte sind noch nicht umfassend dargestellt worden.

Dieses Bild hat sich seit den 2003 publizierten Zwischenbilanzen¹³ nur punktuell geändert. Lediglich zu den Landesverwaltungen Mecklenburg-Vorpommerns¹⁴ und Sachsens¹⁵ sind seitdem gründlich bearbeitete Dokumentationen erschienen. Für Thüringen liegt nur eine ältere, ungedruckte Dissertation über die Entstehung der Landesverwaltung 1945 vor¹⁶, für Brandenburg ein Sammelband zum Jahr 1945¹⁷. Defizite zeigen sich auch mit Blick auf die Landes- und Ministerpräsidenten, von denen Wolfgang Benz einst irrtümlich meinte, sie seien wegen des geringen Gewichts ihrer Länder durchweg „eher farblose Leute“ gewesen¹⁸. Mit Ausnahme von Rudolf Paul sind die anderen vier (Erhard Hübener, Sachsen-Anhalt¹⁹, Rudolf Friedrichs, Sachsen²⁰,

¹³ Vgl. Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003.

¹⁴ Vgl. Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945 bis 1949. Eine Quellenedition, Bd. 1: Die ernannte Landesverwaltung, Mai 1945 bis Dezember 1946, bearb. von Detlev Brunner, Bremen 2003; Detlev Brunner, Der Schein der Souveränität. Landesregierung und Besatzungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1949, Köln u. a. 2006.

¹⁵ Vgl. Andreas Thüsing, Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945–1952. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Ressorts, Frankfurt a. M. u. a. 2000; Andreas Thüsing (Hrsg.), Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember, Göttingen 2010.

¹⁶ Vgl. Volker Wahl, Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen. Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945, Diss., Jena 1976.

¹⁷ Vgl. Werner Stang (Hrsg.), Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995.

¹⁸ Wolfgang Benz, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 21992, S. 129.

¹⁹ Vgl. Elke Scherstjanoi, Gegen eine „völlige Sowjetisierung der Ostzone“. Neues zur Amtsniederlegung des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Dr. Erhard Hübener (LDP), im Sommer 1949. Dokumentation, in: *GiW* 9 (1994), S. 197–223; Mathias Tullner/Wilfried Lübeck (Hrsg.), Erhard Hübener – Mitteldeutschland und Sachsen-Anhalt. Schriften, Reden, Dokumente des Landeshauptmanns und Ministerpräsidenten, Halle 2001; Manfred Wille, An der Spitze Sachsen-Anhalts 1945–1949. Erhard Hübener in Aufzeichnungen, Dokumenten, Briefen, Reden, Kremkau 2001.

²⁰ Vgl. Michael Richter/Mike Schmeitzner, „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947. Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, Leipzig 1998/99; Mike Schmeitzner, Rudolf Friedrichs. Neuanfang unter sowjetischer Besatzung (1945–47), in: ders. (Hrsg.), Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 309–340.

Wilhelm Höcker, Mecklenburg-Vorpommern²¹, und Carl Steinhoff, Brandenburg²²) inzwischen in unterschiedlicher Weise porträtiert worden, aber die Ergebnisse sind insgesamt eher unbefriedigend. Darstellungen zur Territorialstruktur der SBZ/DDR haben die Länder meist von ihrem Ende 1952 her beschrieben, das Zentralismus-Föderalismus-Problem nur schwach erörtert und Länderinteressen kaum berücksichtigt. Aus solcher Perspektive scheint eine weitergehende Analyse gar nicht nötig zu sein. Wozu sich eingehend mit etwas befassen, das ohnehin nur Episode blieb²³? Einigen Kollegen zufolge begann die Auflösung der Länder schon mit ihrer Neugründung 1945.

3. Interessenspektrum, Spannungen und Handlungsmöglichkeiten

Das Beispiel des Thüringer Landes- und Ministerpräsidenten Rudolf Paul zeigt, wohin solche Kurzsichtigkeit führt. In der DDR-Historiografie war Paul wegen seiner Flucht in den Westen *persona non grata*; er wurde kaum noch erwähnt. Seitdem sind die alten Verdikte lediglich kolportiert worden, weil man sich nicht die Mühe machte, sich gründlich und quellengestützt mit seiner Amtszeit zu befassen. Dabei stellt Pauls Politik einen geradezu paradigmatischen Fall dar. Seine um eigenständig-rechtsstaatliche Umgestaltungswege und um intensive Interzonenkontakte bemühten Aktionen schufen Konflikte, die 1947 dann zu seiner spektakulären Flucht führten. Er habe zuvor – wurde ihm nach seiner Flucht aus hessischer Außensicht bescheinigt – die Chancen, die ihm die russische Politik in den ersten Nachkriegsjahren geboten habe, bis an die Grenze des Möglichen im deutschen Interesse genutzt; deshalb sei ihm die führende Rolle unter den Regierungschefs der Ostzone zugefallen²⁴.

²¹ Vgl. Solveig Simowitsch, „...Werden als Wortbrüchige in die Geschichte der SPD eingehen ...“ Sozialdemokratische Konvertiten. Wilhelm Höcker, Carl Moltmann, Otto Buchwitz und Heinrich Hoffmann, Berlin 2006; hier handelt es sich um ein methodisch fragwürdiges Gruppenporträt.

²² Vgl. Rudolf Steinhoff, Carl Steinhoff. Die Biografie, Berlin 2012; dieses apologetische Buch ohne ausreichende empirische Basis wurde vom Sohn des Ministerpräsidenten verfasst.

²³ So das entsprechende Kapitel bei Michael Richter/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.), Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007.

²⁴ So der Jurist, Nationalökonom und Frankfurter Rektor Franz Böhm in einer Erklärung vom 18. 10. 1948 für die Anwaltskammer Frankfurt a. M.; ThHStAW, NL Rudolf Paul, 5 Bl. 6–10.

Wenn man jedoch Inhalt, Wahrnehmung und Interpretation von Landespolitik in der SBZ allein vor dem Hintergrund zielstrebigere Fremdsteuerung, systemischer „Sowjetisierung“²⁵ und „Diktaturdurchsetzung“ zwecks „kommunistischer Herrschaft“²⁶ betrachtet oder eine schon frühe Abkehr der UdSSR von der gesamtdeutschen Option und einen alleinigen Kurs auf den Zonenstaat unterstellt, lässt sich das breite Spektrum deutscher und sowjetischer Interessen nicht erfassen. So bleiben die realen deutschen Handlungsmöglichkeiten²⁷, Ambivalenzen, Konflikte und Aktivitäten im Verhältnis zur Besatzungsmacht unbeachtet. Die Spannungsbögen von hoffnungsvollen Ansätzen bis zum tragischen Scheitern politischer Konzepte können nicht ausgeleuchtet werden. Da bleibt eigentlich nur, die Akteure in Täter, Mittäter, Getäuschte, Gegner und Opfer einzuteilen. Das führt zu den Denkschemata des Kalten Kriegs im West-Ost-Konflikt zurück und wiederholt nur die in der DDR-Historiografie unter „antifaschistisch-demokratischer“ Chiffre verbreitete Vorstellung zielgerichteter und gesteuerter Prozesse unter nunmehr umgekehrten Vorzeichen antitotalitär-antikommunistischer Narrative.

Bei der Analyse von Landespolitik sollten die Kategorien Gestaltungswille sowie Gestaltungsmöglichkeiten und -grenzen vor dem Hintergrund a) der Überwindung der Folgen des NS-Regimes und des Zweiten Weltkriegs, b) des zunächst offenen, zunehmend konfliktgeladenen, schließlich konfrontativen Ost-West-Verhältnisses und c) sich entsprechend wandelnder, keineswegs einheitlicher, längere Zeit eher zweigleisiger sowjetischer Deutsch-

²⁵ So etwa Nikita Petrov, Die SMAD, die deutsche Selbstverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1949, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955, Göttingen 2006, S. 341–366; Gerhard Wettig, Stalins DDR. Entstehung und Entwicklung der kommunistischen Herrschaft 1945–1953, Erfurt 2012; zur Kritik dieses Deutungsmusters vgl. Monika Kaiser, Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945–1970, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 111–133; Michael Lemke (Hrsg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln u. a. 1999.

²⁶ So Mike Schmeitzner/Stefan Donth, Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln u. a. 2002; Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hrsg.), Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln u. a. 2003.

²⁷ Sehr fragwürdig dargestellt bei Albert Lisse, Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945–1949. Zum Verhältnis zwischen deutschen Verwaltungsstellen und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Stuttgart 2003.

land- und Besatzungspolitik, zum Tragen kommen. Dass Besatzungsmacht und deutsche Verwaltungen gemeinsame Interessen bei der Überwindung der Folgen von Krieg und Nationalsozialismus entwickelten, wobei Entnazifizierung nicht nur „Vorwand für Bolschewisierung“²⁸ war, muss dabei ebenso beachtet werden wie das Dilemma der Besatzungsmacht, die von ihr besetzte Zone rigoros für ihre Zwecke auszunutzen, dabei hart durchzugreifen und so die Bevölkerung gegen sich aufzubringen – und sich gleichzeitig um das Vertrauen der deutschen Seite zu bemühen. In deutschen Akten spiegeln sich hochkomplexe Erfahrungen und Motive deutscher Landespolitiker in ihrem Verhältnis zur Besatzungsmacht wider. Das Spektrum reicht von „enger und guter Zusammenarbeit“²⁹ und „guten Beziehungen“³⁰ über Hinweise auf die stets „misstrauischen Sowjetinstitution[en]“³¹ und die oft fehlenden „einheitlichen Auffassungen bei der Militäradministration“³² bis zur Sorge, zum „Instrument für die Russen“³³ zu werden, von der Absicht, den guten Willen zu zeigen, wenn man „die Peitsche der SMA“ hinter sich spüre³⁴, bis zur Mahnung an die russische Seite, sie untergrabe mit rabiatischen Methoden das Vertrauen der Bevölkerung zur deutschen Landespolitik³⁵.

4. Forschungsaussichten

Was kann eine auf Landespolitik und auf deutsche Länderinstanzen gerichtete SBZ-Forschung von den verfügbaren, bislang noch nicht oder nur gelegentlich veröffentlichten russischen Quellen des verfilmten SMAD-Bestands erwarten? Sicher kein Arkanwissen und keine Aufklärungswunder, wohl

²⁸ BArch, N 1011 (Erich Roßmann) 30, Bl. 125, Erich Roßmann, Generalsekretär des Länderrats der US-Zone, über sein Gespräch mit Erhard Hübener am 17. 5. 1947.

²⁹ BArch, NY 4182 (Walter Ulbricht) 1084, Bl. 37, Landespräsident Rudolf Friedrichs (Sachsen) in der Koordinationsberatung beim SMAD-Chef Schukow am 13. 11. 1945.

³⁰ ThHStAW, BMP 459, Bl. 279, Justizminister Helmut Külz in der Sitzung der Thüringer Landesverwaltung am 4. 9. 1946 über die Beziehungen zum NKWD.

³¹ So der Leiter des Dolmetscherbüros der Thüringer Präsidialkanzlei am 5. 12. 1945; ThHStAW, BMP 513, Bl. 359.

³² ThHStAW, BMP 1621, Bl. 56, August Frölich (SPD/SED) am 15. 11. 1945 im Aufsichtsrat der Thüringischen Verwaltungs-Gesellschaft.

³³ ThHStAW, BMP 1621, Bl. 57, Alphons Gaertner (LDP) im Aufsichtsrat der Thüringer Verwaltungs-Gesellschaft am 15. 11. 1945.

³⁴ GARF, fond 7184, op. 1, d. 15a, Bl. 276, Hans Lukaschek, Thüringer Landesdirektor für Land- und Forstwirtschaft, in einer Beratung am 13. 8. 1946 über das landwirtschaftliche Bauprogramm; der Bundesarchivbestand trägt die Signatur Z 47 F, Akten daraus werden mit der GARF-Signatur ausgewiesen.

³⁵ So die Haltung von Rudolf Paul in mehreren Beratungen mit dem SMATH-Verwaltungschef Kolesničenko 1946; ThHStAW, BMP 513 und 514.

aber wichtige, in deutschen Archiven nicht überlieferte Dokumente. Dabei müssen auch die in neueren Quelleneditionen zur sowjetischen Deutschland- und Besatzungspolitik bereits veröffentlichten Schriftstücke beachtet werden³⁶. Sie dokumentieren die Hintergründe und den Handlungsrahmen von Landespolitik und sind deshalb unerlässlich für die Analysen. Ansonsten enthalten sie freilich – sieht man von einer Edition über SMAD und deutsche Selbstverwaltungsorgane ab³⁷ – nur Einzelquellen zu den im Zonenzusammenhang behandelten Aspekten. Diese Quellen sind wichtig³⁸, doch für das Thema Landespolitik haben sie eher punktuelle Bedeutung. Sie liefern nötiges Hintergrundwissen, sagen aber meist wenig über die Vorgänge in den Regionen aus.

Als Beispiel sei auf die an sich vorzügliche Studie über die Moskauer Entscheidungen zur Demontage der Jenaer Zeiss-Werke verwiesen³⁹. Aus ihr wird nicht erkennbar, welche Rolle die SMAD und die SMATH im Konflikt um die Verwertung materieller Güter und technischen Know-hows spielten und dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchten, mäßigend zu wirken. Denn bei ihnen hatten zweifellos die Produktionsinteressen Vorrang vor den Demontageinteressen, was erst aus den SMA-Akten erkennbar wird⁴⁰. Auf die engen Grenzen, die den SMA in der Demontagefrage gesetzt waren, verweisen auch in deutschen Archiven überlieferte Protokolle⁴¹.

³⁶ Vgl. Jochen Laufer/Georgij P. Kynin (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, 3 Bde., Berlin 2004; Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), *Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949. Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven*, München 2005; Jan Foitzik (Hrsg.), *Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente*, München 2012.

³⁷ Vgl. SVAG i nemeckie organy samoupravljenija 1945–1949. Sbornik dokumentov [Die SMAD und die deutschen Organe der Selbstverwaltung 1945–1949. Dokumentensammlung], bearb. von Nikita Vasil'evič Petrov u. a., Moskau 2006.

³⁸ So etwa die in *UdSSR und deutsche Frage*, Bd. 3, S. 289–293, edierten Quellen zu den Auseinandersetzungen um die Teilnahme der ostdeutschen Ministerpräsidenten an der Münchener Konferenz 1947.

³⁹ Vgl. Matthias Uhl, *Das Ministerium für Bewaffnung der UdSSR und die Demontage der Carl-Zeiss-Werke in Jena – eine Fallstudie*, in: Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), *Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen*, Berlin 2002, S. 113–145.

⁴⁰ GARE, fond 7184, op. 1, d. 13, Bl. 436.

⁴¹ SMATH-Offiziere erklärten am 18. 4. 1946 intern, die SMATH habe keinen Einfluss auf Beschlüsse der Demontagebevollmächtigten und könne Demontagebefehle allerhöchster Dienststellen nicht ändern. *ThHStAW*, BMP 513, Bl. 319 und Bl. 322.

Die erwähnten Quelleneditionen zur sowjetischen Deutschland- und Besatzungspolitik enthalten kaum Dokumente zu den Interzonenkontakten und zur entsprechenden Haltung zentraler und regionaler Besatzungsinstanzen. Dabei zeigt das Thüringer Beispiel sehr deutlich, dass die SMATh 1946 sehr großes Interesse an Interzonenkontakten hatte, entsprechende Handelsverträge, Kompensationsgeschäfte, gesamtdeutsche Treffen, wechselseitige Arbeits- und Staatsbesuche förderte, dabei aber häufig von den zuständigen SMAD-Instanzen und den deutschen Zentralverwaltungen gebremst wurde. Das überschreite regionale Kompetenzen und müsse zoneneinheitlich geregelt werden. Das Projekt des Thüringer Landesdirektors für Justiz und des Landespräsidenten für ein groß angelegtes Treffen der Justizminister der vier Besatzungszonen auf der Wartburg 1946 wurde etwa vom SMATh-Verwaltungschef Kolesničenko und vom Präsidenten der Deutschen Justizverwaltung nachdrücklich unterstützt, vom SMAD-Chef Sokolovskij aber mit dem Argument abgelehnt, solche Treffen müssten von einer bald zu erwartenden gesamtdeutschen Regierung organisiert werden⁴².

Wie sich herausstellte, geben die für das Bundesarchiv verfilmten SMA-Akten in erster Linie Auskunft über Interna der Landes-Militäradministrationen, aber auch über deutsche Vorgänge „vor Ort“ und über deutsche Landespolitik, vor allem dann, wenn sie den Schriftwechsel mit deutschen Instanzen – in russischer wie in deutscher Sprache – enthalten. Landespolitische Themen kommen auch im Schriftwechsel mit der SMAD in Karlshorst zur Sprache. Die Kenntnis dieser Akten ist unerlässlich, ihr Aussagewert bleibt aber begrenzt. Ihre Benutzung kann die gründliche Auswertung deutscher Archivalien nicht ersetzen; sie stellen die Hauptüberlieferung dar. Die SMA-Akten tragen dagegen stärker komplementären Charakter. Sie sind – jedenfalls seit 1946, als sich die Militäradministration weitgehend konstituiert und institutionalisiert hatte – in eher unspektakulär-bürokratischer Weise geführt worden und den deutschen Akten gar nicht so unähnlich. So gibt es im Thüringischen Hauptstaatsarchiv umfangreiche Aktenbestände mit Befehls-Sammlungen⁴³, Übersetzungen von Befehlen durch das Dolmetscherbüro⁴⁴ und Schriftwechsel zur Durchführung der Befehle⁴⁵. Außer-

⁴² ThHStAW, MfJ, 54; BArch, DP 1/6; GARF, fond 7184, op. 1, d. 13, Bl. 204, Kolesničenko an Sokolovskij; zur ablehnenden Haltung Sokolovskijs: ThHStAW, MfJ, 54, Bl. 22.

⁴³ ThHStAW, BMP 516–522 (SMAD-Befehle), 523–530 (SMATh-Befehle); Zeitgeschichtliche Sammlung, 78–83 (SMATh-Befehle), 84–88 (SMAD-Befehle).

⁴⁴ ThHStAW, BMP 543–580.

⁴⁵ ThHStAW, BMP 581–644.

dem sind mehrere Akten mit Protokollen von Spitzenbesprechungen des SMATH-Verwaltungschefs und anderer hoher SMATH-Offiziere mit dem Landes- beziehungsweise Ministerpräsidenten und anderen Vertretern der Landesverwaltung/-regierung von 1945 bis 1947 überliefert⁴⁶. Anhand dieser Akten kann man einen ziemlich guten Überblick über Verhandlungsgegenstände, Arbeitsschwerpunkte und Einzelvorgänge erhalten. Hinzu kommen zahlreiche Schriftstücke und Briefwechsel in anderen Beständen des Hauptstaatsarchivs. Vergleichbares können die SMATH-Akten, deren Überlieferung in vielen Abteilungen erst 1946 einsetzt, nicht bieten. Sie enthalten aber Dokumente, die sich in deutschen Archiven nicht finden lassen, die die dort überlieferten Quellen wesentlich ergänzen, die es ermöglichen, deren Kern zu erfassen, oder die überhaupt erst auf bestimmte Vorgänge aufmerksam machen.

5. Beispiele aus Thüringen

Unter den SMATH-Akten⁴⁷ finden sich Schriftstücke, die das Wechselspiel von Eingriffen und Kooperation zeigen und erkennen lassen, wie sich Verwaltungschef Kolesničenko verhielt, ob er Anliegen der Landesverwaltung abwies oder bei der SMAD-Spitze befürwortete – wie etwa die Berufung des Liberaldemokraten Helmut Külz (des Sohnes des LDP-Zonenvorsitzenden) zum Landesdirektor für Justiz⁴⁸ oder das schon erwähnte Projekt für ein gesamtdeutsches Juristentreffen auf der Wartburg. Beide Vorgänge sind in deutschen Akten im Weimarer Hauptstaatsarchiv und im Bundesarchiv Berlin überliefert; das Ergebnis ist bekannt. Erst aus den SMATH-Akten werden aber Teile der Entscheidungsprozesse deutlich. Aus den SMA-Akten erfahren wir auch, dass die Militäradministration seit Juni 1947 vom Ministerpräsidenten regelmäßige Berichte über den Inhalt der Regierungssitzungen verlangte⁴⁹, von denen sie offenbar vorher – das zeigt auch der offene und ungeschminkte Ton der Protokolle – keine unmittelbare Kenntnis hatte⁵⁰.

In solchen Befunden und Einzelschriftstücken liegt offenkundig die Relevanz regionaler SMA-Akten. Dazu seien weitere Thüringer Beispiele

⁴⁶ ThHStAW, BMP 513 und 514 sowie 459, Bl. 43–56.

⁴⁷ GARE, fond 7184 (SMATH), op. 1, vor allem die Akten der Kanzlei, d. 1-14, 15a, 16-21, und der Politischen Abteilung, d. 61-66.

⁴⁸ GARE, fond 7184, op. 1, d. 13, Bl. 209, Kolesničenko an die SMAD-Rechtsabteilung vom 24. 7. 1946.

⁴⁹ GARE, fond 7184, op. 1, d. 20 .

⁵⁰ Das bestätigte Kolesničenko indirekt auch in seinem Brief an den Archivar Volker Wahl vom 30. 9. 1973, als er bat, ihm die Regierungsprotokolle zugänglich zu machen.

angeführt. Sie betreffen ausschließlich solche Vorgänge, die nicht oder nur lückenhaft in Akten deutscher Archive belegt sind. Gemessen am politischen Gesamthandeln handelt es sich allerdings nur um Einzelfälle. Die eigentliche Grundlage für die Analyse der Landespolitik stellt, das sei noch einmal betont, die deutsche Überlieferung dar.

Ein erstes Beispiel: Im Mai 1946 reiste Hans Schlange-Schöningen, der Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Besatzungszone, offiziell nach Thüringen. Er hielt seine Eindrücke in einem Bericht an die britische Militärregierung fest, den Werner Abelshauser 1979 unter dem Titel „Zur Entstehung der Magnet-Theorie in der Deutschlandpolitik“ veröffentlicht hat⁵¹. Im SMAD-Bestand findet sich nun das bislang unbekannte Gegenstück – der Bericht, den Rudolf Paul über diesen Besuch an Kolesničenko schrieb und der eine ganz andere Wahrnehmungsperspektive zeigt⁵². Der Interzonenkontext der Reise Schlange-Schöningens – die Staatsbesuche des hessischen Ministerpräsidenten Karl Geiler in Weimar (Januar und August 1946), der Gegenbesuch des Thüringer Landespräsidenten Paul in Wiesbaden (April 1946), Pauls Teilnahme an der Sitzung des Länderrats der US-Zone in Stuttgart (Juni 1946) und der Staatsbesuch des Bremer Bürgermeisters Wilhelm Kaisen (Juli 1946) – ist freilich nur aus den deutschen Akten erschließbar.

Ein zweites Beispiel: Im Oktober 1945 ließ Landespräsident Paul einen ihm direkt unterstellten, mit Wirtschaftsexperten besetzten Stab als eine Art *brain trust* für wirtschaftspolitische Entscheidungen, länderübergreifenden zonalen Wirtschaftsverkehr und wirtschaftliche Interzonenkontakte einrichten, der bis Ende 1946 eine Schlüsselrolle spielte und deshalb immer wieder zur Zielscheibe von KPD/SED-Angriffen wurde. Anfang Juni 1946 erfolgte ein Wechsel in der Leitung des Wirtschaftsstabs. Der bisherige Leiter ging nach Hessen. Sein Nachfolger Günter Seeliger kam aus der sächsischen Provinzialverwaltung in Halle. Der Verwaltungschef Kolesničenko empfing ihn bei Amtsantritt zu einem ausführlichen Gespräch, das Wort für Wort protokolliert wurde. Dieses aufschlussreiche, in dieser Form ungewöhnliche Dokument ist im SMA-Bestand überliefert⁵³. Es bekräftigt den Eindruck, dass sich Kolesničenko bei wichtigen Entscheidungen sehr gründlich mit den jeweiligen Problemlagen und Personen beschäftigte und dabei bemüht

⁵¹ Vgl. Werner Abelshauser, Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1945, in: VfZ 27 (1979), S. 661–679.

⁵² GARF, fond 7184, op. 1, d. 14, Bl. 142–145.

⁵³ GARF, fond 7184, op. 1, d. 15a, Bl. 232–238.

war, im Interesse eines stabilen Besatzungsregimes das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung zu verbessern⁵⁴.

Ein drittes Beispiel: Am 18. Juli 1946 erließ die Militäradministration für Thüringen nach dem sächsischen Volksentscheid den entsprechenden Befehl zur Über- und Rückgabe sequestrierter Betriebe, der in den deutschen Akten überliefert ist. Nicht überliefert ist dort das umfangreiche Protokoll der Besprechung, die Kolesničenko am gleichen Tage mit der Landesverwaltung und SMAD-Beauftragten zur Umsetzung dieses Befehls führte. Dieses aufschlussreiche Protokoll ist im SMA-Bestand enthalten⁵⁵.

Ein viertes Beispiel: Am 1. August 1946 schrieb Landespräsident Rudolf Paul aus dem Urlaub einen handschriftlichen Brief – was ungewöhnlich war und auf ein recht gutes persönliches Verhältnis hindeutet – an Kolesničenko, in dem er die Notwendigkeit begründete, im „Lutherjahr 1946“ (das 400. Todesjahr Luthers und erste große Lutherjubiläum nach dem fatalen „Deutschen Lutherjahr“ 1933) von Land und Landeskirche gemeinsam veranstaltete interzonale „Luthertage“ in Eisenach und auf der Wartburg abzuhalten. Dabei entwickelte er auch seinen Plan, diesen Anlass zu nutzen, um die Präsidenten der Länder aller vier Besatzungszonen zu einer interzonalen Konferenz einzuladen⁵⁶, gleichsam ein Vorläuferprojekt für das gesamtdeutsch konzipierte, dann aber nur bizonal durchgeführte Ministerpräsidententreffen in Bremen im Oktober 1946 und für die schon im Ansatz scheiternde gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz in München vom Juni 1947. Erst dieser im SMATH-Bestand überlieferte Brief machte überhaupt auf Pauls – allerdings in dieser Form gescheiterte – Vorhaben aufmerksam, das sich dann aus Einzeldokumenten des Hauptstaatsarchivs Weimar und des Landeskirchenarchivs Eisenach rekonstruieren ließ.

Ein fünftes Beispiel: Am 10. September 1946 wurde der 3. Vizepräsident und Landesdirektor für Land- und Forstwirtschaft Hans Lukaschek (CDU) auf Befehl der Militäradministration seiner Ämter enthoben. Der Befehl ist in Lukascheks Personalakte in Weimar überliefert. Am gleichen Tag schrieb Kolesničenko einen – im SMATH-Bestand überlieferten – Brief über die Hin-

⁵⁴ Ein in diesem Zusammenhang bemerkenswertes Dokument ist das umfangreiche Protokoll der ganztägigen Beratung Kolesničenkos mit Professoren und Studierenden der Jenaer Universität über ihre Probleme am 16. 4. 1947; ThHStAW, MfV 3285, Bl. 67–93; auszugsweise abgedruckt in: Jürgen John (Hrsg.), „Stellt alles Trennende zurück!“ Eine Quellenedition zum „Wartburgtreffen der Deutschen Studentenschaft Pfingsten 1948“ in Eisenach, Stuttgart 2010, S. 101–106.

⁵⁵ GARE, fond 7184, op. 1, d. 14, Bl. 389–397.

⁵⁶ GARE, fond 7184, op. 1, d. 15a, Bl. 260 f.

tergründe und über seine Einschätzung Lukascheks an SMAD-Chef Sokolovskij⁵⁷, der bislang unbekannte Aufschlüsse gibt. Ebenfalls im SMATH-Bestand überliefert sind Protokolle der Beratungen Lukascheks vom August 1946 über das landwirtschaftliche Bauprogramm, in denen er sich recht unverblümt über Fehler, Missstände und sowjetischen Druck äußerte. Der für die Bodenreformfragen zuständige 1. Vizepräsident Ernst Busse (KPD/SED) schickte diese Protokolle gleichsam als Anklage-Dossiers an Kolesničenko und machte den Verwaltungschef in einem Begleitbrief ausdrücklich auf die aus seiner Sicht besonders verfänglichen Äußerungen Lukascheks aufmerksam⁵⁸. Anhand dieser Quellen lässt sich ein wichtiges Teilstück der Intrigen gegen Lukaschek rekonstruieren, was mit den deutschen Akten allein nicht möglich wäre.

Ein sechstes Beispiel: Seit Ende 1946 schwelte ein Dauerkonflikt zwischen der SED-Landesleitung und dem „bürgerlichen“ Ministerpräsidenten Paul (der 1946 überraschend der SED beigetreten war). Der Konflikt eskalierte im Frühjahr 1947, führte zur Regierungskrise und zu wochenlanger Abwesenheit des Ministerpräsidenten. Die SED-Landesleitung glaubte schon, ihn los zu sein. Völlig überraschend wurde sie aber Ende April 1947 nach Berlin zitiert, wo sie die Mitteilung erhielt, Paul kehre auf Weisung der SMAD und des SED-Zentralsekretariats wieder in sein Amt zurück; zudem seien die beiden aus der KPD stammenden Minister Ernst Busse und Walter Wolf abzulösen. Dieser Vorgang ist aus den deutschen Akten in Weimar und im Bundesarchiv gut rekonstruierbar und mit dem auszugsweisen Abdruck eines Protokolls auch schon zum Teil dokumentiert⁵⁹. Völlig unbekannt war aber bisher, dass Verwaltungschef Kolesničenko zur gleichen Zeit – und offenbar in Unkenntnis der Berliner Vorgänge – versuchte, auf eigene Faust die Thüringer Regierungskrise durch eine Regierungsumbildung zu lösen⁶⁰.

Die Beispiele machen deutlich: Ohne Einsicht in die relevanten Akten des SMA-Bestands, soweit sie zugänglich sind, muss landesgeschichtliche Forschung zum politisch-administrativen Handeln der Nachkriegszeit heute als fahrlässig bezeichnet werden.

⁵⁷ GARF, fond 7184, op. 1, d. 13, Bl. 278.

⁵⁸ GARF, fond 7184, op. 1, d. 15a, Bl. 77, 257–258v, 275–276v.

⁵⁹ Vgl. Günter Braun, „Regierungsangelegenheiten“ in Thüringen im Spannungsfeld von sowjetischer Deutschlandpolitik und SED-Kalkülen 1947, in: BZG 34 (1992) H. 3, S. 67–91.

⁶⁰ GARF, fond 7184, op. 1, d. 19, Bl. 151–154, 178 f.